"Wir erfahren große **Unterstützung**"

LNG-Terminal ♦ Die German LNG Terminal GmbH plant den Bau und den Betrieb des ersten multifunktionalen Import- und Distributionsterminals für Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) in Deutschland. Die Wirtschaft sprach mit Managing Director Rolf Brouwer über den Stand des Projekts, Genehmigungsverfahren und Perspektiven.

Wirtschaft: Was genau ist in Brunsbüttel geplant?

Rolf Brouwer: Wir planen den Bau und Betrieb eines Terminals für verflüssigtes Erdgas. Es wird eine Reihe von Dienstleistungen bereitstellen: das Be- und Entladen von LNG-Carriern, die temporäre LNG-Speicherung, die Regasifizierung, das Einspeisen ins Erdgasnetz und die Distribution durch Tankkraftwagen, Schiffe und Kesselwagen. Gegenwärtig gibt es europaweit bereits 36 vergleichbare Terminals. Deutschland verfügt über kein eigenes LNG-Terminal, muss also auf Terminals wie in Rotterdam oder Zeebrugge zurückgreifen – und das, obwohl Deutschland der größte Erdgasmarkt Europas ist.

Wirtschaft: Sie stehen mitten im Genehmigungsverfahren. Brouwer: Bereits 2019 haben wir die Scoping-Phase abgeschlossen, in der Inhalt und Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegt wurden. Wir sind jetzt dabei, den Genehmigungsantrag zur Planfeststellung der Hafeninfrastruktur einschließlich der wasserseitigen Anlagen zu komplettieren. Dies erfolgt beim Amt für Planfeststellung Verkehr in Kiel. Aus genehmigungsrechtlicher Sicht sind zwei Vorgänge zu unterscheiden: zum einen die Planfeststellung der Hafeninfrastruktur einschließlich der wasserseitigen Anlagen,



zum anderen die immissionsschutzrechtliche Zulassung des LNG-Terminals einschließlich der entsprechenden Einrichtungen (LNG-Lagerung an Land). Dabei ist beabsichtigt, das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zeitlich nach dem Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Wir verfügen über ein hoch motiviertes Team von internationalen Spezialisten.

Wirtschaft: Was spricht für Brunsbüttel?

Brouwer: Brunsbüttel liegt geografisch ideal: Der Hafen ist für die QMax Carrier, die das LNG bringen, gut erreichbar. Von dort sind es nur circa drei Stunden per Schiff in den Hamburger Hafen, wo das LNG als Kraftstoff für die Schifffahrt benötigt wird. Das Terminal liegt zudem am Eingang des Nord-Ostsee-Kanals, des Zugangs zu den baltischen und skandinavischen Märkten. In direkter Nachbarschaft liegt das größte







Tankschiff für Flüssigerdgas

zusammenhängende Industriegebiet Schleswig-Holsteins, der ChemcoastPark, in dem viele energieintensive Betriebe sitzen. Sie werden LNG von unserem Terminal beziehen und uns ihre Prozesswärme liefern. Wir wollen uns intensiv mit der regionalen Wirtschaft vernetzen und Synergien nutzen.

Wirtschaft: Wie wirken sich Proteste in Brunsbüttel auf das Verfahren aus?

Brouwer: Auch wenn es bereits fast 40 bestehende Terminals in Europa gibt, ist der Betrieb für Brunsbüttel natürlich neu. Da gibt es ein berechtigtes Interesse, das Projekt kennenzulernen. Jenseits der Bürgerbeteiligung, die das Genehmigungsverfahren vorschreibt, wollen wir daher den Dialog mit Anwohnern und Umweltschützern intensiv fortsetzen. Bereits vor mehr als einem Jahr haben wir zu zwei Diskussionsveranstaltungen eingeladen – bewusst gemeinsam mit Kritikern. Vernetzung und gute Nachbarschaft heißt, auf alle Beteiligten zuzugehen. Das wird honoriert, wir erfahren vor Ort große Unterstützung.

Wirtschaft: Welche Bedeutung hat ein LNG-Terminal in Krisenzeiten?

Brouwer: Wir haben deutlich vor der Krise begonnen, sorgfältig zu planen, unser Engagement ist sehr langfristig angelegt. Corona führt uns neben den schrecklichen gesundheitlichen Folgen auch vor Augen, wie wichtig es aus wirtschaftlicher Sicht ist, Risiken zu minimieren, sich breit aufzustellen. Hierzu kann das Terminal einen Beitrag leisten - ein LNG-Terminal sorgt dafür, dass die Erdgaslieferländer für Deutschland diversifiziert werden.

Interview: Dr. Sabine Schulz IHK zu Kiel, Standortpolitik sschulz@kiel.ihk.de

Mehr unter

www.germanlng.com

> Digitale Vorreiter

Von anderen Ländern lernen

Bürokratie gibt es nicht nur in Deutschland. Aber Beispiele aus Finnland und Estland zeigen, wie der Staat der Wirtschaft das Leben leichter machen kann. Ob E-Government, Unternehmensgründung online oder digitale Unterschrift - viele Prozesse für Unternehmen laufen dort schneller und unkomplizierter ab.

Besonders weit beim Thema Digitalisierung ist Estland. In "E-Estonia" können rund 98 Prozent aller geschäftlichen Transaktionen online erledigt werden. Hierzu hat Estland X-Road entwickelt. Das auf Blockchain-Technologie basierende System bietet mehr als 3.000 Services an und wickelt jeden Monat 180 Millionen Transaktionen vom Online-Banking bis zur Steuererklärung für Unternehmen ab.

Das spart viel Geld und Zeit: Tonis Pilvisto, Geschäftsführer des Endoskopieherstellers und Medizinausrüsters Karl Storz in Estland, schätzt, dass er allein die digitale Unterschrift zehn bis 20 Mal pro Tag nutzt. Hiermit funktioniere eigentlich alles.

Aus einer Hand ✓ Auch die Gründung von neuen Unternehmen geht in Estland schnell. "Fünf bis 15 Minuten", meint Pilvisto. Schätzungen gehen davon aus, dass so jährlich etwa zwei Prozent des estnischen Bruttoinlandsprodukts eingespart werden - wichtige Ressourcen, die in das Kerngeschäft gesteckt werden können: Beim Familienunternehmen Karl Storz, das seinen Hauptsitz im bayerischen Tuttlingen hat, arbeiten in Estland nur vier von 250 Mitarbeitern in der Verwaltung.

Und auch in Finnland lässt sich vieles digital aus einer Hand erledigen. Das Portal suomi.fi bündelt den Zugang zu zahlreichen Behörden - für Unternehmen und Privatpersonen. "Das beschleunigt die Kommunikation ungemein", sagt Mika Joachim Pöpken, der seit 16 Jahren in Finnland als Anwalt arbeitet. Allerdings sei auch die Einstellung zu Bürokratie anders. Die Skandinavier hätten mehr Vertrauen in den Staat, der Umgang mit Daten sei - vielleicht auch deshalb transparenter.

Mehr unter

www.e-estonia.com www.suomi.fi

